

## **Fristberechnung bei Pflichtteilsergänzung**

Der neu gefasste § 2325 Abs. 3 BGB sieht vor, dass Geschenke des Erblassers nur dann mit ihrem vollen Wert zur Berechnung von Pflichtteilserganzungsanspruchen herangezogen werden, wenn sie im Jahr vor dem Erbfall gemacht wurden. Für jedes Jahr, das seit der Schenkung verstrichen ist, verringert sich der zu beruckichtigende Wert um ein Zehntel. Somit ist zehn Jahre nach der Schenkung ein Pflichtteilsergänzungsanspruch ausgeschlossen. Wann aber gilt eine Schenkung in diesem Kontext als vollzogen, so dass die Frist zu laufen beginnt?

Der BGH geht hier von dem Vollzug einer Schenkung aus, wenn der Schenkungsgegenstand bei wirtschaftlicher Betrachtung aus dem Vermögen des Schenkers und späteren Erblassers ausgegliedert ist. Bei Grundstucksschenkungen beginnt der Fristlauf mit der Eintragung des Rechtsübergangs im Grundbuch, es sei denn, der Schenker hat sich die wirtschaftliche Nutzung des Grundstücks mittels eines Nießbrauchs vorbehalten. In diesem Fall beginnt die Frist trotz Eigentumsübergangs durch Umschreibung des Grundbuchs nicht zu laufen.

Durch die wirtschaftliche Betrachtung werden die Interessen des Pflichtteilsberechtigten geschützt. Schenkungen, die den Schenker wirtschaftlich nicht beeinträchtigen, sollen nicht zu einer Einschränkung des Pflichtteilsrechts führen. Aus demselben Grund beginnt die 10-Jahres-Frist für Schenkungen an den Ehegatten erst mit der Auflösung der Ehe zu laufen. Alle während der Ehe vollzogenen Schenkungen an den Ehegatten sind erganzungspflichtig, soweit es sich nicht um Anstandsschenkungen, beispielsweise aus Anlass eines Geburtstages, handelte. Etwas anderes gilt nur dann, wenn die Ehe bereits vor dem Erbfall endete und 10 Jahre zwischen Eheauflosung und Erbfall verstrichen sind. In dem Fall bleiben während der Ehe vollzogene Schenkungen des Erblassers an seinen damaligen Ehegatten unberücksichtigt.

*Rechtsanwältin Dr. Carola Einhaus-Selter, Düsseldorf*